

Ein Bündnis für Bildung muss her

FAZ 2.2.23
20

Von Heike Schmoll

Mit ihren Vorschlägen zur akuten Lösung des Lehrermangels hat sich die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz scharfen Protest der Lehrer zugezogen. Praxisfremd und anmaßend gehören noch zu den freundlicheren Reaktionen derer, die täglich den Schulalltag gestalten müssen.

Die Lehrer reden von Beziehungsarbeit, die sich nicht aufteilen lässt, und halten es für naiv, Klassenarbeiten von Studenten korrigieren zu lassen. Dabei haben wissenschaftliche Studien gezeigt, dass Lehramtsstudenten schon in den ersten Semestern bei der Korrektur von Klassenarbeiten ein ähnlich zutreffendes Urteilsvermögen besitzen wie erfahrene Lehrer. Dagegen wäre es geradezu unverantwortlich, Studienanfänger mit dem Unterricht allein zu lassen – auch das geschieht leider vereinzelt.

Viele der befristeten Notlösungen hätten die Kultusministerien auch selbst entwickeln können. Viele werden längst praktiziert und sind keineswegs evidenzbasierter Bildungsforschung entwachsen. Doch den Kultusministern dienten die Wissenschaftler als Legitimationsbeschaffer für ihre unpopulären Vorschläge.

Die Kultusminister haben es geschafft, von ihrem eigenen Versagen abzulenken und mit der größten Unschuldsmiene zu behaupten, dass der Lehrermangel einzig und allein mit der demographischen Entwicklung zusammenhänge. Fachkräftemangel gebe es schließlich in allen Berufen. Der Lehrermangel aber war absehbar und wurde einfach ignoriert.

Den Fachkräftemangel gibt es wirklich, aber die Kultusministerien haben die Entwicklung der Schülerzahlen falsch eingeschätzt, was allenfalls beim Zuzug der Flüchtlingskinder verzeihlich ist. Geradezu unverzeihlich aber ist ihre verfehlte Einstellungs- und Ausbildungspolitik. So hat das baden-württembergische Kultusministerium in den Achtzigerjahren Semester für Semester die Lehramtsstudenten angeschrieben und sie aufgefordert, endlich das Studienfach zu wechseln. Die Oberschulämter erwiesen sich oft genug als Spielverderber bei den Prüfungsthemen. Kaum hatten die solchermaßen Abgeschreckten ihr Studium beendet, war ganz überraschend eines der studierten Fächer zum Mangelfach geworden. Doch da hatte mancher dem Staatsdienst längst den Rücken gekehrt.

Die Verwunderung über die vielen Studienabbrecher im Lehramtsstudium ist groß, aber auch dafür gibt es handfeste Gründe: Oft genug wurde gerade in der zweiten Studienphase die Anpassung an die jeweiligen didaktischen Moden gefordert. Wer sich nicht völlig unterwarf, hat die Erfahrung schlechter Noten in Lehr-

proben gemacht und sich nicht selten umorientiert.

Die meisten Schüler wollen nicht Lehrer werden, weil sie sich an ihre Schulzeit und ihren eigenen Umgang mit Lehrern erinnern. Sie erkennen den massiven Ansehensverlust des Lehrberufs und häufig auch mangelnde Aufstiegschancen. Vor allem für Männer scheint die Schule keine Option mehr zu sein. Das ist keineswegs in allen europäischen Ländern so. In Skandinavien etwa genießen Lehrer eine weitaus größere öffentliche Anerkennung.

Wenn die Schulen wirklich erfahrene Quereinsteiger wollen, müssen diese nicht nur pädagogisch qualifiziert werden, sondern je nach Qualifikation auch angemessen bezahlt

Der Lehrermangel lässt sich nur im Dialog mit den Verbänden und Hochschulen mildern.

werden. Ein Musiklehrer mit dreißig Jahren Unterrichtserfahrung wird sich eben nicht ohne Weiteres mit einem Berufsanfängergehalt abspeisen lassen, weil ihm irgendein entbehrliches Zertifikat fehlt. Genau das geschieht aber in den stur nach oftmals lebensfremden Vorschriften entscheidenden Schulverwaltungen.

Flexibilität ist auch gefragt bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Im Zweifel ist es eben nicht relevant, ob ein Lehrer aus Syrien mit ausreichenden Deutschkenntnissen nur ein Fach studiert hat. Niemand wird auch die teilzeitbeschäftigte Lehrerin mit zwei kleinen Kindern zur Aufstockung ihres Deputats zwingen wollen. Es geht jetzt darum, diejenigen ausfindig zu machen, die ohne äußere Zwänge nur sechs oder zehn Stunden unterrichten und nur an zwei Tagen in der Schule sind. Auch die Hochschulen konnten sich viel zu lange wegducken, lebten von den Finanzzuweisungen der Lehramtsstudenten und taten – von einigen Ausnahmen abgesehen – nichts für sie.

In der jetzigen Notlage hilft nur ein gemeinsames Bündnis aus Schulpraktikern, Politikern, Verbänden und Hochschulen, die sich anhand der Vorschläge der Kommission auf einen konkreten Katalog von Notmaßnahmen verständigen müssen. Er darf nur zeitlich begrenzt gelten und wird nur wirksam werden, wenn die Verbände ihre einseitige und teilweise destruktive Lobbypolitik aufgeben und aus der Defensive kommen. Es geht jetzt auch um ein professionelles Verständnis des Lehrberufs, über den es offenkundig noch viel zu viele Mythen gibt.